

Saale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Besteht wochentlich am Samstag, am Sonntag als Beiblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land heute durch die Post bei fester Zahlung monatlich M. 30.00, in den Pauschalstellen abgeholt M. 19.00 monatlich. Die abgabepflichtige Postgebühren-Zelle ist im Einzelverkauf M. 2.00, im ausserordentlichen Verkauf M. 2.50. Rahmen die Millimeter-Zelle M. 0.00 im Einzelverkauf; und M. 8.00 im ausserordentlichen Verkauf. Postgebühren-Zelle: 20 Pf. übermässig.

Verlags-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammlerzettel: Gesamt-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Verlagsstelle: Markt 3. Druck-Verlagsstelle: „Coalitions-Halle“ Halle. Druckerei: „Halle'sche Druckerei“, Halle a. S., Postfach-Nr. 2215. Verlagsort und Verlagsdruckerei: Halle a. S., Postfach-Nr. 2215. Druck-Verlagsstelle: Halle a. S., Postfach-Nr. 2215. Druck-Verlagsstelle: Halle a. S., Postfach-Nr. 2215.

Nationaltrauer um Oberschlesien.

hoffnung auf Wiedervereinigung — Lohnzulagen an die Bergarbeiter — Neue Kohlenpreis-erhöhung — Der Reichswirtschaftsrat hält an der Getreidemlage fest.

Der amtliche Scheidegruß.

Der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Der Trauertag ist angebrochen, den zu vermeiden wir drei Jahre lang heilig gestempelt haben! Ein Teil von Oberschlesien wird heute einem fremden Staatsverband einverleibt. Ein Teil von dem Land, dessen Untertrennbarkeit so oft von den Staatsmännern und Sachverständigen aller Völker, am meisten von den Oberschleslern selbst, betont worden ist. Ein kostbares Stück deutscher Erde, das in jahrhundertlangem Arbeit durch deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht ist, wird dadurch vom Mutterlande losgerissen.

Nach den ersten Friedensbedingungen sollte ganz Oberschlesien kurzer Hand Polen angeprochen werden. Eine der wenigen Änderungen, die in Versailles durchgesetzt werden konnten, war das Zugeständnis der Abstammung. Die Oberschlesler wiesen, unter wiederlichen Hemmungen und Bedrohungen, ja wie selbst unter Gefahr für Leib und Leben die deutsche Bevölkerung an vielen Orten abstimmen mußte. Trotzdem und trotz der wenig verlockenden Lage Deutschlands sprach sich die große Mehrheit für das alte Vaterland aus. Annehmbar aber blieb es plötzlich, daß Oberschlesien teilbar sei. Vergeblich waren unsere Bemühungen, die Überläufer davon zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Versailles Vertrages, sondern auch das Gebot der Menschlichkeit einen Rest von deutscher Einheit fordere. Der Genetiv nach hat diesen klärenden, lebendigen Organismus graulich zerstört. Gegen diesen Spruch haben wir eine für alle Zeiten gültige Verwahrung eingelegt.

Oberschlesier, die Ihr heute von uns scheiden müßt! Euch rufen wir die letzten Abschiedsworte zu. Seid Dank für Eure Treue! Die Gefühle, mit denen Ihr diesen Tag erlebt, teilt mit Euch das deutsche Volk. Wir haben uns bemüht, durch ein Abkommen mit Polen Euch und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen. Auf klarer und ganz Oberschlesien Grundlage soll Euch vor allem das Gut erhalten werden, an dem Ihr hängt, wie wir: Die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl.

Oberschlesier, die Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach jahrelangem Mühen und Harten der Fesseln der Fremdherrschaft ledig werdet! Seid dessen gewiß, daß mit Euch nach Kräften helfen werden, die Ihr erst zu wehren zu helfen, welche Euch Jahre der Bedrückung geschlagen haben. Unter dem Schutz des Rechts und der Freiheit werdet Ihr wieder Eurer friedlichen Beschäftigung nachgehen und mit uns an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten. Ihr werdet Euch durch berechtigte Erbitterung zu keiner unangeleglichen Handlung verführen lassen, und Ihr werdet das in Genf geschlossene Abkommen wahren. Ihr wißt, daß eine Kommission unter neutraler Führung über Schutz und Rechte der Polen hier, der Deutschen dort wachen wird, und daß Ihr Euren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dank leisten würdet, wenn Ihr für das Erduldeten Vergeltung üben wolltet.

Oberschlesier! In der Schicksalsstunde, die Euer Heimatland zerschneidet und den Bruder vom Bruder trennt, reißt Euch das ganze deutsche Volk die Hand!

Der Reichspräsident.

(gez.) Ebert.

Die Reichsregierung. (gez.) Witt.

Die preussische Staatsregierung. (gez.) Braun.

8 Räumungszonen.

Breslau, 16. Juni. Die territoriale Ubergabe Oberschlesiens an Deutschland und Polen erfolgt planmäßig nach Einteilung des Gebietes in sechs Räumungszonen und wird 24 Tage in Anspruch nehmen, also am 10. Juli beendet sein. In den einzelnen Zonen wird zunächst die Polizei und die Abkommenspolizei aufgelöst werden, einen Tag darauf werden sich die interalliierten Truppen zurückziehen und vier Stunden nach ihrem Abzuge wird der Einzug des deutschen bzw. polnischen Militärs erfolgen.

Die 2. Vollziehung im Haag.

Haag, 16. Juni. Die zweite Vollziehung der Haager Konferenz, die heute vormittag unter dem Vorsitz des Justizministers von Kamebeel im Friedenspalast stattfand, beschäftigte sich mit der Organisation der Kommission für die russischen Angelegenheiten. Die Grundlage der Beratungen bildete ein Antrag des belgischen Delegierten Gattier. Diesem Antrag gemäß beschloß man, daß die russische Kommission zusammengeführt sein solle aus Vertretern aller Staaten, die die Konferenz beiderlei, soweit sie den Wunsch äußern, in ihr vertreten zu sein. Außerdem wurden drei Unterkommissionen gebildet, eine für die Behandlung der Frage der russischen

Schulden, eine für die Frage des Privatigentums und die dritte für die Frage der Kredite. Jede dieser drei Unterkommissionen soll aus 11 Mitgliedern bestehen. Die Delegierten, die in dieser russischen Kommission vertreten sind, werden vertreten sein durch Sachverständige, unterstützt durch einen Sekretär und einen Ratgeber. Die Mitglieder der Kommission werden vor Montag ernannt werden. In der Nachmittags-Sitzung hat die Konferenz aber den Charakter der Tätigkeit der ersten Kommission beraten. Man ist übereingekommen, dieser Tätigkeit einen rein technischen Charakter zu geben, unter Ausschluss aller politischen Fragen.

Ein englisches Flauto.

Ein Million Pfund Sterling Verlust. — Die deutschen Farben sind ein trefflich. Die britische Farbstoff-Gesellschaft, die im Kriege zur Ausgestaltung der deutschen Farbstoffindustrie begründet worden ist, hat ihr letztes Geschäftsjahr mit einem Defizit von über einer Million Pfund Sterling abgeschlossen. Das Mißtrauen, das schon damals in England gegen diese Gründung bestand, hat sich als malsollend herausgestellt. Die Engländer geben auch zu, daß die Leistungen der Gesellschaft der deutschen Konkurrenz nicht ebenbürtig sind. Die Liberalen fordern daher eine Aufhebung des Einfuhrverbotes für deutsche Farbstoffe.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Im Beamtenauschuß des Reichstages wird am 17. Juni ein Regierungsvorbericht eine Erklärung über die Maßnahmen ab, die die Regierung angesichts der weiter wachsenden Zenerung zur Erhöhung des Beamteneinkommens ergreifen will. Er wies darauf hin, daß die Regierung sich überzeugt habe, daß eine weitere Hilfe für die Beamten notwendig sei. Welcher Art diese sein würde, könne man noch nicht angeben, da erst Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eingeleitet werden müssen. Sie würden am Dienstag, den 20. Juni stattfinden. Die Regierung werde jedoch, was sich tun lasse. Der Auschuß war übereinstimmend der Ansicht, daß man baldige Maßnahmen von der Regierung erwarte. Der Sozialdemokrat Bender führte aus, daß die Beförderung nicht ohne gleichzeitige Erhöhung der Arbeiterlöhne erfolgen könne. Der Demokrat Schudt verlangte möglichst schnelle Behandlung und Auszahlung vor dem 1. Juli. Die Beamtenschaft ist jetzt zum größten Teil völlig mittellos. Einer Vorschlagsabgabe, wie sie von volksparteilicher Seite verlangt wurde, widersprach er. Den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen am 20. Juni werden auch Vertreter des Beamtenauschusses betreffen.

Neue Erhöhung der Kohlenpreise.

Der im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch für den Ruhrkohlenbergbau schlägt vor, daß die Tariflöhne um durchschnittlich 35 Mark je Schicht, und zwar am 25. März ab 18. Juni und um weitere 10 Mark ab 1. Juli erhöht werden. In dem Schiedsspruch heißt es aber ausdrücklich: „Die Dedung der erforderlichen Lohnzuschläge kann nach Auffassung des Schlichtungsausschusses aus dem Einmahnen, die die Werte auf Grund der geltenden Kohlenpreise erzielen, nicht aufgebracht werden. Dies ergibt sich einwandfrei aus dem vom Reichswirtschaftsministerium erstatteten Gutachten. In einem Abbau der Kohlensteuer kann die Dedung aus außenpolitischen Gründen a. H. nicht gefunden werden. Als einziges Mittel kommt somit lediglich eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage. Diese schwere Belastung des Wirtschaftslebens ist nach Auffassung des Schlichtungsausschusses nur erträglich, wenn sich die Bergarbeiter bereit finden, im Sinne des wünschenden Lohnverbände und den Gemeindefürsorge in Aussicht genommenen Ueberentkommens eine Steigerung der Kohlenförderung in einer gesundheitsbedenklichen und wirtschaftlich ergebnigen Form herbeizuführen. Von Abschlus dieses Abkommens hängt die Durchführung der Kohlenpreis-erhöhung und damit der Lohn-erhöhung ab.“

Die Erhöhung der Tariflöhne würde, wie das „B. L.“ berechnet, eine neue Erhöhung der Kohlenpreise um etwa 100 Mark die Tonne zur Folge haben. In diesem Falle ist auch mit einer Heraufsetzung der Eisenpreise zu rechnen, so daß sich der Stabelferpreis voraussichtlich auf 750 bis 1000 Pf. pro Tonne stellen würde.

Heutiger Stand des Dollars 321.

Landwirtschaft und Umlage.

Von einem Parteifreund aus der Provinz wird uns geschrieben:

Die Kämpfe, die noch immer für und gegen die Erhebung der Getreidemlage in schärfster Form geführt werden, haben insofern zu einem gewissen Abschlus geführt, als es keinem Zweifel mehr unterliegt, daß die Umlage in diesem Jahre wiederkommen wird, wenn auch mit einigen Abänderungen. Für die Landwirtschaft ist nun der Zeitpunkt zu einer Ueberlegung oder Neuorientierung gekommen. Soll sie auf ihren Drohungen, die Erfüllung einer Umlage mit allen Mitteln zu verweigern, bestehen bleiben und damit den bisher nur mit Worten geführten Kampf gegen die Regierung auch durch Taten aufnehmen, oder heißt es jetzt, ihr in das Unerreichtliche fügen und nach Möglichkeit mit retten?

Bei dieser Entscheidung handelt es sich um Fragen grundsätzlicher Natur, die für lange Zeiten Geltung haben. Gegen über für die Umlage heißt doch nichts anderes als für freie Wirtschaft ohne jede nicht durch ihre eigenen Tendenzen sich ergebende Preisfestsetzung, also mit völliger Ausschaltung des Staates in wirtschaftlicher Hinsicht, oder für eine Wirtschaft, deren Hauptmerkmal eine Preisregelung auf staatlicher Grundlage ist. Niemand, der nicht den Staat nur als Diener der Wirtschaft, sondern als eine Zulammenfassung aller Einzelkräfte zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt ansieht, wird bestreiten, daß der Staat, um diesen letzten eigentlichen Zweck gerecht zu werden, auch wirtschaftliche Fragen regeln kann und soll. Wenn deshalb einzelne Klassen oder Kreise unter den jetzigen Verhältnissen um ihre Erhaltung zu kämpfen haben, so hat der Staat die Pflicht und das Recht, ihnen zu helfen, je vor dem Untergang zu bewahren. Bedingung ist nur das Wohl der Allgemeinheit. Diesen Grundgedanken und seine Folgen haben die Landwirte bisher auch immer anerkannt und, wenn sie glaubten, selber in einer schiefen Lage zu sein, ganz besonders laut den Schutz und die Hilfe des Staates, d. h. aller anderen Bevölkerungsklassen, angelernt. Der Staat half auch dann dem großen politischen Einfluß der Großgrundbesitzer durch Subsidien, Prämien, Zinsbegünstigungen und sonstige wichtige Vorrichtungen.

Wie ist dagegen heute die Lage? Welche Bedrohungen sind zu erwarten und welche haben über den eigenen Ueberfluß, von dem sie abgeben könnten? — Der Hochschulzoll, der früher die Großlandwirte stützte, ist heute durch die Wertentwertung um ein Vielfaches in seiner Wirkung verflüchtigt worden. Die Monopolstellung der Landwirtschaft wird noch bestärkt durch die während der Kriege und Nachkriegszeit beobachtete herabgesetzte Produktion, die ein viel geringeres Eigenangebot zur Folge hat. Die Abtretung von hauptsächlich landwirtschaftlichen Produkten hervorbringenden Landesteilen verschärft diesen Zustand. Dagegen ist die physische, nicht durch Geldangebot ausgedrückte Nachfrage nach Lebensmitteln sicherlich die gleiche geblieben wie vor dem Kriege. Weil deshalb die freie Wirtschaft durch den Besitz der Monopolstellung zum großen Teil illusorisch gemacht ist, wehren sich die Erzeuger gegen staatliche Preisfestsetzung. Die Verbraucher ihrerseits kämpfen für staatliche Preisregelung, weil eben die Erzeuger eine monopolartige Stellung haben und diese gemäß der „freien“ Wirtschaft ausnützen können, und zwar solange, als die Weltmarktpreise sich über den von ihnen selbst geforderten Preisen bewegen. Von dem materiell glücklicheren Teile der Bevölkerung, den Landwirten, fordern alle anderen ein Opfer, und zwar in Form der Umlage. Ist das aber nicht gerade dem Allgemeinwohl dienend, ist nichts anderes, als eine Umkehrung der agrarischen Politik vor dem Kriege? War und ist der Hochschulzoll etwas anderes als eine „Sonderbesteuerung“ der verbrauchenden Klasse? Gewiß ist die Lage der Erzeuger, daß auch sie alles viel teurer bezahlen und Kredit aufnehmen müssen und daß die Produktion heute in vermehrtem Maße Arbeitskräfte und Mittel erfordert, befristet; aber wenn man den anderen Kreisen geht es noch so gut wie den Landwirten? Etwas den Beamten, welche die Hälfte bis ein Drittel ihres früheren Gehaltes erhalten oder den Pensionären oder den Kapitalrentnern?

Nach eins muß die Landwirtschaft bedenken. Weigert sie sich jetzt, ihren notleidenden Volksgenossen von ihrem relativen Ueberfluß abzugeben, und zwar eben in Form der Umlage, kämpft sie weiterhin in höchst nachteiligem Interesse für die Aufrechterhaltung und ausschließliche Aufrechterhaltung ihres Monopols, — darf sie sich dann wundern, daß, wenn sie wieder einmal notwendigen Schutz verlangt — sie weiß ja jetzt schon darauf hin — ihr alle anderen Kreise mit dem Hinweis auf ihre heutige Stellung absehend gegenübersehen werden, oder es zum wenigsten sehr schwer fallen wird, den dann wirklich Notleidenden aus allgemeinen Mitteln zu helfen? Glauben die Landwirte, daß sie ewig solche Preise wie bisher erhalten werden? Wie, wenn die Welt Markt steigt? Gerade im Hinblick darauf verlangt auch die praktische Klugheit ein Einlenken, die Einstellung des bisherigen Kampfes. Wenn der Staat, die Allgemeinheit, mit allen Mitteln für eine intensive Bewirtschaftung des nationalen Bodens sorgen muß, und die notwendigsten staatlichen Hilfen zur Steigerung der Erzeugung in Anspruch nimmt — so hat er neben der Pflicht, in die freie Wirtschaft insoweit eingegriffen, als andere Monopole in Wirtschaft insoweit eingegriffen, als die Wirtschaft freie Wirtschaft, in der sich Angebot und Nachfrage automatisch regeln, rechtserfüllt den Kampf gegen staatliche Zwangsbeschränkung. Die deutsche Landwirtschaft steht

